

Inland.

Wenn auch nicht aus dem schlechten Stand einer Valuta ohne weiteres auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes geschlossen werden kann, da ein Unterschied gemacht werden muß zwischen Industrie- und Agrarstaaten, so kann man doch im allgemeinen sagen, daß die wirtschaftliche Zerrüttung Europas sich in der Verschlechterung seiner Währungsverhältnisse widerspiegelt. Es fällt insbesondere auf, daß von dem Valutasturz ganz Mittel- und Osteuropa am schärfsten betroffen worden sind. Ohne die Wiedereinbeziehung dieser großen und so wichtigen Gebiete in die Weltwirtschaft ist nicht daran zu denken, daß die Ueberwindung der Kriegsfolgen in schnelleren Gang kommen könnte. Die kapitalistische Wirtschaft hat sich in den letzten drei Jahren nur dadurch behaupten können, daß sie die Lage der arbeitenden Bevölkerung immer tiefer hinunterdrückte; sie muß zu Grunde gehen, wenn es ihr nicht gelingt, die Konsumfähigkeit der Arbeiterklasse mindestens wieder auf die Vorkriegeshöhe zu bringen. Das ist der Kern des Planes von Lloyd George und wenn die französische Regierung ihm bisher auch noch nicht völlig zugestimmt hat, so ist das lediglich auf die Furcht vor der innerpolitischen Rückwirkung zurückzuführen.

Selbst in jenen Kreisen der Arbeiterschaft, die bis vor kurzem unter dem Deckmantel des Kommunismus anarchistischen Gedankengängen gefolgt sind, hat man jetzt der Erwägung Raum geben müssen, daß auch das Proletariat am Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft außerordentlich interessiert ist und daß man die Sorge darum nicht lediglich den Regierungen der kapitalistischen Länder überlassen dürfe. In den Reden und Schriften dieser Kreise wird jetzt unüberhöhten zugegeben, daß von der nächsten Zeit revolutionäre Erschütterungen nicht mehr erwartet werden dürften und daß die Taktik des Proletariats vielmehr auf mehrere Jahrzehnte hinaus sich auf eine neue Befestigung des kapitalistischen Systems einrichten müsse. Dem blinden Glauben an die Wunderlehren von Pösklau folgt ein immer sichtbar werdender Pessimismus über die Zukunft der Arbeiterbewegung und über die Aussichten der sozialen Revolution. Selbst die Veröffentlichungen führender kommunistischer Politiker lassen diesen Geist der Niedergeschlagenheit erkennen. Man lese nur daraufhin die jüngst erschienene Schrift von Trotsky „Die neue Etappe“ oder die Artikel von Radek in der kommunistischen Presse. Was gestern noch versucht wurde, wird heute als Heilmittel angepriesen: die Verbindung mit den „Salaien der Bourgeoisie“, mit den sozialistischen Parteien, die Wiederaufnahme der Beziehungen mit der „gelben“ Gewerkschaftsinternationale von Amsterdam, ja selbst die Koalition mit bürgerlichen Parteien, wenn es dem augenblicklichen Interesse der Arbeiterklasse entspreche.

Wer als Sozialist den Blick für die tatsächlichen Verhältnisse auch in jener Zeit nicht verloren hat, als der kommunistische Glaube noch in höchster Blüte stand, der wird auch jetzt nicht dem Pessimismus verfallen, der von dieser Seite ausgeht. Wir wissen, daß der wiedererstarkende Kapitalismus zugleich die Vorbedingungen für seine völlige Beseitigung schafft. Wir haben erkannt, daß die Zerrüttung der wirtschaftlichen Verhältnisse am allerhäufigsten das Proletariat getroffen und seine Kampffähigkeit herabgedrückt hat. Nur wer die Verwirklichung des Sozialismus als ein von heute auf morgen sich vollziehendes Ereignis erwartete, der kann darüber enttäuscht sein, daß der Zusammenbruch des Kapitalismus bisher nicht erfolgt ist, wie er von kommunistisch-anarchistischer Seite unzählige Male angefangen wurde. Die sozialistisch geschulten Arbeiter dagegen werden ihre Tätigkeit mit um so größerem Eifer fortsetzen, auch wenn sie erkennen, daß die Umwälzung der kapitalistischen Produktionsweise in die sozialistische sich unter den heutigen politischen Umständen in einem langsameren Prozesse vollzieht.

Die Staatsmänner der Entente, mögen sie nun in Cannes, Paris oder in anderen Orten zusammenkommen, werden durch die wirtschaftlichen Verhältnisse gezwungen, mit größerer Beschleunigung an dem Wiederaufbau Europas arbeiten zu müssen. Die Arbeiterklasse aller Länder aber hat die Pflicht, dafür zu sorgen, daß ihre eigenen Interessen dabei nicht zu kurz kommen. Das deutsche Proletariat insbesondere wird seinen ganzen wirtschaftlichen und politischen Einfluß aufbieten müssen, um zu verhindern, daß die deutsche Bourgeoisie die ihr zukommende Pflicht zur Wiedergutmachung auf die Schultern der arbeitenden Bevölkerung ablädt.

Die Gefahren der Petka. Ueber dieses Thema äußert sich ein Mitglied der Parlamentsmehrheit im gestrigen Leitartikel der „Tribuna“ in kritischer Weise. Er sagt unter anderem: „Die enge Verbindung von fünf Führern der Parlamentsmehrheit bereitet hinter verschlossenen Türen wichtige, ja die wichtigsten Gesetzesvorlagen vor, über welche ohne eine öffentliche Diskussion im Parlament abgestimmt wird. Die Klubs sind gezwungen, für alles zu stimmen, was vorgelegt wird, weil es sich in der Regel um ein ganzes System von Vorlagen handelt, die durch ein Junktim verbunden sind.“ Der Artikel schließt mit folgenden Worten: „Die Petka und die geheime Diplomatie zwischen den Parteien der Regierungsmehrheit, dieses System der Bequemlichkeit für die Parlamentspolitiker und die Regierung einiger Weniger muß um jeden Preis beseitigt werden. Es ist nicht wahr, daß es nicht möglich ist, im Interesse des Staates heikle Fragen öffentlich zu behandeln, weil uns die Demagogie erschlagen würde. Es gibt bei uns noch genug Liebe zu diesem Staate, es sind in unserem Volk noch genug Fähigkeiten zu politischem Denken, damit ruhmstüchtigen Demagogen Schranken gesetzt werden. Noch hat die Petka nicht alles erstickt. Wir müssen lernen, zueinander klar und offen zu sprechen, wir müssen lernen, uns vor der ganzen Nation zu äußern. Die Bürger, welche diesen Staat wirklich gern haben, haben doch das Recht, zu wissen, welches die Gründe für die oder jene Maßnahme des Parlamentes sind. Aber die Nation, welche nach der Verfassung der einzige Träger der Macht in diesem Staate ist, hat auch das Recht des gesetzlichen Rates, hat das Recht, in der Presse und in Versammlungen über Dinge zu reden, welche Bedeutung für ihr Leben haben. Daß dies schwerer sein wird und daß wir zeitweise Fesseln einer Krise sein werden, hat eine größere Bedeutung als die tatsächliche Fäulnis in den Grundlagen des Staates. Und die Bequemlichkeit oder Lebensversicherung der Funktion von Führern für einige Mitglieder des Parlamentes, das hat allerdings die geringste Bedeutung. Es ist notwendig, im Rudofsinum zu lästern, so lange es Zeit ist, bevor bei uns die ganze politische Maschinerie verschimmelt und Staat und Demokratie vernichtet sein werden.“

Minister Habman über Alters- und Invalidenversicherung. Im Brünner „Sozialismus“ veröffentlicht der Minister für soziale Fürsorge Habman einen Artikel, in dem es heißt: Im Ministerium für soziale Fürsorge wurde eine neue Grundlage für die Ausarbeitung einer neuen Vorlage über die Alters- und Invaliditätsversicherung vereinbart. Diese soll auf der breiten Grundlage der Bezirkskrankenkassen beruhen mit Ergänzung und Ausbaurung der Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung. Betreffs der Sicherstellung der Alters-, Invalidenanprüche, eventuell der Wittwen- und Waisenzentren durch Beiträge wurde eine neue Art gewählt, durch Sicherstellung von minimalen Renten, durch eine sogenannte Kapitalisierung der Renten. Die Kommission hat den besten Fachleuten und Kennern der sozialen Versicherung einen Teil der Arbeit zugewiesen. Es ist zu erwarten, daß bis Neujahr der Komplex dieser Einzelarbeiten in einem Gesetzentwurf über die Versicherung zusammengefaßt werden könne, welcher die Kranken-, Unfall-, Alters-, Invaliden-, Wittwen- und Waisensicherung enthält. Hauptsächlich werden diese Vorlagen im nächsten Jahr vom Parlamente genehmigt werden. Die Alters- und Invalidenversicherung wird bis zu einer gewissen Altersgrenze, vielleicht von 60 Jahren, obligatorisch sein. Außerdem bereitet das Ministerium für soziale Fürsorge einen Gesetzentwurf vor, welcher allen unbemittelten, arbeitsunfähigen und keine anderen Einkommen besitzenden Personen, die wegen ihres Alters in die Alters- und Invalidenversicherung nicht einbezogen werden könnten, eine Alterspension sicherstellen würde. Das Ministerium hofft, daß dieser Teil der Sozialversicherung am 1. Jänner 1923 in Wirksamkeit treten kann.

Die Demokratie des adeligen Großgrundbesitzes siegt. Die „Ceskoslovenska Republika“ begrüßt ein Bekenntnis zur Republik, welches Alfons Mendorf-Pouilly, der Vorsitzende des Verbandes der mährischen Großgrundbesitzer in der „Moravska Orlice“ im Namen des gewesenen Adels abgibt: „Jetzt allerdings sind wir von der Mitarbeit ausgeschlossen. Dennoch erklären wir, daß uns das Wohl des Volkes, in dessen Mitte wir leben, und zu dem wir uns als zugehörig melden, obwohl diese unsere Zugehörigkeit nicht immer anerkannt wird, so sehr am Herzen liegt, daß wir gerade jetzt, wo infolge des Sieges der Demokratie, wenigstens wie wir sie verstehen, das Wohl der Menschen und das Wohl des Staates geschützt werden soll, bereit sind, uns für alles einzusetzen, was wir als förderlich für das Wohl des Staates anerkennen.“ — Daß

sich das amtliche Organ über diese „Anerkennung“ und dieses „Bekenntnis“ freut, ist nur ein Zeichen seiner Bedürfnislosigkeit. Die adeligen Großgrundbesitzer entdecken plötzlich, daß ihnen das Wohl des Staates am Herzen liegt, an ihrem adeligen Herzen, das blau zu verbluten droht, da seine Träger noch immer von der Mitarbeit am Staate — angeblich — ausgeschlossen sind. Aber leider nur für den Augenblick. Sie haben sich doch entschlossen, sich für alles einzusetzen, was sie als förderlich für das Wohl des Staates anerkennen. Die Demokratie nämlich, wie sie sie verstehen, hat ja festgelegt. Das ist die fürchterlichste Wahrheit in diesem „Bekenntnis“, die wir leider bekräftigen müssen. Die wahre Demokratie ist tot — es lebe die Demokratie des adeligen Großgrundbesitzes!

Neuartige Erspargungsmethoden. Die Zentralorganisation der Verkehrsbeamten der Post schreibt der Redaktion des „Cas“, daß die Postverwaltung massenweise die sogenannten Aushilfskräfte jener Beamten entläßt, welche 1, 2, 3 und mehrere Jahre dienen, und daß an ihrer Stelle Praktikanten aufgenommen werden, die ein Reisezeugnis nachweisen. Leute, die eingearbeitet sind, die in der schwersten Zeit Dienst gemacht haben, werden grundlos auf die Straße geworfen. Neulinge, welche sich erst einarbeiten müssen und deren Schulung und Uebung eine Verlangsamung der übrigen Arbeit bewirkt, werden an ihre Stelle gesetzt. Das geschieht in einem Restpost, an dessen Spitze der Minister Erba steht. Dazu kommt der Umstand, daß diese auf Pfosten geworfenen Menschen die Reihen derer zu vermehren drohen, welche staatliche Unterstützungsgelder beziehen. So sieht es mit den neuen Erspargungsmethoden der Republik aus.

Tages-Neuigkeiten.

Lori Graff. Am Neujahrstage beginnen wir mit dem Abdruck von Hans von Hoffensthal's Roman „Lori Graff“. Der Dichter hat diese seine bedeutsamste Arbeit den jungen Frauen und Müttern, heiratsfähigen Töchtern gewidmet. Wir aber denken, daß das Werk für alle Menschen, Frauen und Männer geschrieben ist, die am fruchtbarsten glücklichen Leben teilhaben wollen. Das tragische Schicksal der jungen lebensfreudigen Lori Graff, die nichtsahnend Opfer einer „geheimen“ Pest geworden ist, soll warnend vor allen jungen Menschen stehen. In scharfem Kontrast zu dem Leid der tragischen Heldin des Romans blüht und leuchtet und lockt die Landschaft, Südtirol mit Bogen, in dem sich die Liebes- und Leidensgeschichte Loris abspielt. Wer je in Bogen gewesen ist, wird mit großem Gemut die feinen Naturbeschreibungen lesen und wird von Sehnsucht nach Tirol ergriffen, dem toten Dichter und Arzt Hoffensthal Dank wissen. Und Dank werden ihm auch jene schulden, die über die Befestigung edelsten Gemütes eine weise Mahnung fürs Leben empfangen. Möge „Lori Graff“ unseren Leserinnen und Lesern freudige, erste und schöne Stunden bereiten!

Prügelstrafe im Preßburger Polizeigefängnis. Aus Preßburg wird uns geschrieben: Seit einigen Wochen mehren sich die Fälle, in denen Arbeiter und Arbeiterinnen der brutalsten Behandlung durch Polizeiorgane ausgesetzt sind. Was sich aber seit jenen Tagen ereignet, da die Ausweisungen nicht mehr bewerkstelligt werden können, ist geradezu empörend. Die von der Polizei ausgegriffenen Personen werden in der brutalsten Weise behandelt und durchgeprügelt. Das System des „Durchprügelns“ ist obligatorisch. Es geschieht nicht nur nachts, sondern auch am helllichten Tage, wie folgender Fall beweist: Mittwoch, den 28. ds., gegen 11 Uhr vorm., wurde das stellenlose Mädchen Therese D... aus Basse (Deutschhöfereich) dem Inspektion haltenden Polizeikommissar Kopta vorgeführt. Im Inspektionzimmer waren noch drei Polizisten anwesend. Kopta schrie wie ein Wahnsinniger mit dem Mädchen. Die Polizisten feindlich fröhlich und den Schluß bildete außer dem Jammergeheul des fürchterlich gemarterten Mädchens eine Züchtigung mit dem Ochsenziemer auf dem Rücken, welche Persekution Polizeikommissar Kopta persönlich vornahm. Ueber den Vorfall, der in Preßburg begreifliches Aufsehen hervorrief, wurde auf Einschreiten unserer Genossen ein Protokoll aufgenommen. Hauptsächlich erreicht den Polizeikommissar Kopta, einen ehemaligen österreichischen Polizisten, das Schicksal, das er verdient!

Der kommunistische Bürgermeister Hirschl seines Postens enthoben. In der am 27. Dezember stattgefundenen Sitzung der Bezirksverwaltungscommission Kruman wurde der kommunistische Bürgermeister von Kruman, Ernst Hirschl seines Postens enthoben. Der Grund dieser Enthebung war die Ausstellung falscher Heimatscheine. Hirschl selbst mußte zugeben, daß sechs falsche Heimatscheine ausgestellt wurden. Er erklärte

zwar nicht zu wissen, von wem diese Scheine ausgestellt wurden, sie trugen aber alle seine Unterschrift. Ein gefälschter Heimatschein, der auf den Namen Augustine Reischl lautete, wurde dem Bürgermeisteramt in Kruman zugesendet und von Hirschl vernichtet, ohne daß die Gemeindevertretung hiervon verständigt worden wäre. Die Bezirksverwaltungscommission nahm deshalb an, daß die Heimatscheine mit Wissen Hirschls gefälscht wurden und entthob ihn seines Postens.

Drangsalierung deutscher Schulen ohne Ende. In der Gemeinde Botenwald (Bez. Neutitschein) soll gleichzeitig an zwei Volksschulen, an der Knaben- und an der Mädchen-Volksschule eine Reduzierung der Klassen vorgenommen werden. Die Knabenschule ist vierklassig mit einer Parallelabteilung, die Mädchenschule dreiklassig mit zwei Parallelabteilungen. Jede Schule zählt also fünf Klassen und bildet die Grundlage für die gemischte Bürgerschule. Weil aber infolge des Geburtenrückganges im Jahre 1916 die ersten Klassen der beiden Schulen heuer etwas schwächer besucht sind, hat das Präsidium des mährischen Landeslehrerates sofort die Absicht mitgeteilt, eine Reduzierung der Klassen an beiden Schulen eintreten zu lassen. Daß das Sinken der Schülerzahl infolge des Geburtenrückganges während der Kriegsjahre nur vorübergehend ist, darum kümmern sich die Machthaber ebensowenig, wie darum, daß durch die Auflösung auch nur einer einzigen Klasse die Schüler in die übrigen Klassen derart zusammengedrängt werden müßten, daß ein methodisches Lernen ganz unmöglich wird.

„Die hundert Stunden des Königs Karls“. In Genf, am Sitz des Völkerbundes, ist der Plan geboren worden, den „berufenen“ geistigen Vertretern aller Nationen der Welt in der Form einer internationalen Revue ein gemeinsames Obdach zu bauen. So entstand die „Revue de Geneve“, an der unter anderem mitarbeiten: Bernhard Shaw, Heinrich Thomas Mann, Nathanael, Gejertam, Gorkij, Rabindranath Tagore und Masaryk. Im Dezemberheft dieser Zeitschrift befindet sich ein Essay aus der Feder Dr. Georg v. Orlik's „Die hundert Stunden des Königs Karl“. Dieser Essay wird folgendermaßen eingeleitet:

Es war ein lächelnder Herbstmorgen, als am 1. November 1921 Karl von Habsburg-Lothringen, apostolischer König von Ungarn, IV. dieses Namens, den Boden seines Königreiches ein letztes Mal verließ. Die milden Strahlen einer glorreichen Sonne breiteten einen aus reinem Silber geflochtenen Schleier über die von Trauerweiden umgebenen Wiesen am Ufer der unter dem kühlen Morgenreif erzitternden Donau. Der Himmel trug noch das Grau der ersten Frostnächte...

Nachdem er noch eine halbe Spalte weiter so Stimmung gemacht hat, fährt der Autor fort: Die eine dieser Schicksalstragödien ist die des Hauses Habsburg, dessen Herrschaft von beinahe sieben Jahrhunderten nun ein Ende nahm. Die andere ist aber die der ungarischen Nation, die sich infolge einer unbedachten Handlung ihres eigenen Königs gezwungen sah, gegen den tausendmal geheiligten Träger der heiligen ungarischen Krone zu den Waffen zu greifen, ihn gefangen zu nehmen und schließlich, infolge einer empörenden Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten fremden Mächten zu übergeben.

In dieser Tomart geht es weiter. — Der Mann gehört wirklich zu den „berufenen“ geistigen Vertretern der Welt!

Die neuen Posttarife vom 1. Jänner. Vom 1. Jänner an treten die neuen Postgebühren in Kraft. Es ist daher zu frankieren: Im Inlande: a) im Ortsverkehr: Einfacher Brief bis 20 Gramm 60 Heller, b) im Fernverkehr: 1 K. Für je weitere 20 Gramm 30 Heller mehr. Postkarten: 50 Heller, Drucksachen: für je 50 Gramm 20 Heller. — Nach Oesterreich, Deutschland, Polen und Ungarn: Briefe: bis 20 Gramm 2 K., für weitere 20 Gramm je 1 K 25 h. Postkarten: 1 K 20 h. Drucksachen: für je 50 Gramm 50 h. — Ins übrige Ausland: Briefe: bis 20 Gramm 2 K 50 h, für weitere 20 Gramm je 1 K 25 h. Postkarten: 1 K 50 h. Drucksachen: für je 50 Gramm 50 h.

Noch eine Weihnachtsspende Masaryk's. Präsident Masaryk hat zur Veranstaltung eines Weihnachtsebenes für die Hochschulstudenten aller Nationalitäten in der Republik, welche die Weihnachtstage fern von ihrer Heimat verbringen, einen Betrag von 100.000 Kronen gewidmet.

Unentgeltliche Ausfolgung von Steuerdruckschriften. Das Finanzministerium hat angeordnet, daß die Steuerdruckschriften und zwar die Zinsstrags-Bekanntnisse, die topographischen Hausbeschreibungen, die Erwerbsteuererklärungen, Erklärungen zur Bemessung der allgemeinen Erwerbsteuer für Wandergewerbe, Bekanntnisse zur Erwerbsteuer von den der öffentlichen Rechnungslegung unterworfenen

Gedenket Des Fonds für euer Zentralorgan!

Unternehmungen. Beschlüsse zur Rentensteuer, Beschlüsse zur Einkommensteuer und Kriegsteuer physischer Personen und zur Kriegsteuer der Gesellschaften künftighin an die Steuerpflichtigen nicht mehr verkauft, sondern unentgeltlich von den Steueradministratoren über Parteiansuchen ausgefolgt werden.

Grippeepidemie in Dresden. Berlin, 29. Dezember. Wie die Blätter aus Dresden melden, ist dort eine Grippeepidemie zum Ausbruch gekommen, die bereits eine ganze Reihe von Todesopfern gefordert hat.

Erhöhung der Prüfungsgebühren an Mittelschulen. Durch die Regierungsverordnung vom 19. Dezember 1921 wird bestimmt: Für die Erprobungsprüfung beim Uebertreten aus einer staatlichen Mittelschule in die staatliche Mittelschule eines anderen Typus ist für die Prüfung aus einem Gegenstande die Taxe von 20 Kronen, für die Prüfung aus mehreren Gegenständen die Taxe von 50 Kronen zu entrichten. Die Taxe für die Aufnahmeprüfung in eine höhere Klasse beträgt 100 Kronen. Die Taxe für eine außerordentliche Prüfung, welche zu einem besonderen Zweck aus dem Lehrstoff einer oder mehrerer Klassen abgelegt wird, beträgt 100 Kr. Von der Zahlung der Prüfungsgebühren kann die Prüfungskommission den Kandidaten auf dessen schriftliches Ansuchen ganz oder zur Hälfte befreien. Für eine außerordentliche Prüfung aus einer lebenden Sprache oder aus einem anderen Gegenstande ist die Taxe von 20 Kr zu entrichten. Die Privatibentaxe für die Semestralprüfung beträgt 100 Kr, für die Jahresprüfung 200 Kr. Für die Reifeprüfung ist von den Kandidaten, welche als ordentliche Schüler die höchste Klasse einer staatlichen Mittelschule absolviert haben, die Taxe von 50 Kr, von den Privatisten oder Externisten die Taxe von 120 Kr zu entrichten. Arme ordentliche Schüler kann die Prüfungskommission ausnahmsweise von der Taxe auf ein schriftliches, begründetes Ansuchen, das vor der schriftlichen Prüfung überreicht werden muß, ganz oder teilweise befreien. Für die Ergänzungsmaturitätsprüfung an Gymnasien, Realschulen oder Reformrealgymnasien müssen die Realschulabiturienten die Taxe von 50 Kr bezahlen. Die Taxe ist vor Beginn der Prüfungen zu erlegen. Den Kandidaten, welche während der Prüfung zurücktreten oder durchfallen, wird die Taxe nicht zurückgezahlt. Bei der Wiederholung einer Prüfung muß dieselbe Taxe entrichtet werden, wie bei der ersten Prüfung.

Durch einen Sturz ternig geworden. Mittwoch Nachmittag wurden die Pferde eines Wagens, den der Geniefeldat Josef Krenen lenkte, scheu und rasteten durch die Ringstraße in Prag-Dieben. Als sie in die Stühlgasse einbogen, sprang der Messerschmied Anton Triska in der Misch, die Pferde aufzuhalten, auf den Wagen. Er stürzte jedoch herab und verletzte sich am Kopfe. Nachdem er vom Arzte der Rettungstation verbunden worden war, begann er sich den Verband vom Kopfe zu reißen. Es zeigte sich bei ihm Anzeichen von Selbstgefährdung. Er wurde in die Irrenanstalt nach Bohnie überführt.

Eindiebstahl. Im Magazin des „Naradni podnik“ in der Smetschagasse wurde in der Nacht auf Donnerstag ein Diebstahl verübt. Der Dieb entwendete Federn, Meißelsteine und sonstige Schreibrequisiten im Werte von 30.000 Kronen.

Angefallene Leiche. Donnerstag Nachmittag wurde aus der Moldau bei dem Altschöber Brückentwehr die Leiche der neunzehnjährigen Radistin Anna Petr herausgehoben, welche etwa acht Wochen im Wasser gelegen hatte. Offenbar war die Petr von der Brücke in die Moldau gesprungen.

Eisenbahnerstreik in Deutschland.

Berlin, 29. Dezember. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“). Die Eisenbahnerbewegung im Westen nimmt immer größeren Umfang an. Nach den vorliegenden Meldungen macht sich der Streik im Direktionsbezirk Eberfeld dadurch geltend, daß die aus dem Osten kommenden Züge dort von Streikenden angehalten und nicht nach Köln weitergeleitet werden. Inzwischen sind auch die Eisenbahner in den Bezirken Köln und Essen in den Streik getreten, so daß die Wirkungen des Ausstandes bald größeren Umfang annehmen dürften. Nur die Transporte der Interalliierten Kommission werden von den Streikenden bewerkstelligt. Außerordentlich kritisch ist die Situation in den Bezirken Breslau, Rassel, Halle, Frankfurt a. M. In allen diesen Bezirken befinden sich die Eisenbahner in der heftigsten Erregung. Ueberall stehen Versammlungen bevor, in denen die Frage, ob sie sich dem Streik anschließen sollen, sicherlich eine wichtige Rolle spielen wird. Auch die Funktionäre des deutschen Eisenbahnerverbandes im Bezirke Berlin halten heute Abend Versammlungen ab, um dazu Stellung zu nehmen. Der Hauptvorstand des deutschen Eisenbahnerverbandes hat heute Vormittag zu der ablehnenden Haltung des Reichskabinetts Stellung genommen und beschlossen, nochmals an die Regierung heranzutreten, um auf dem Wege der Verhandlungen eine Verständigung herbeizuführen. Die übrigen Eisenbahnerorganisationen Berlins werden im Laufe des heutigen Abends zur Lage Stellung nehmen. Die beteiligten Ministerien, das Reichsfinanzministerium und das Verkehrsministerium scheinen ebenso wie die Regierung den rein scharfmacherischen Standpunkt herauskehren zu wollen. Statt den Gründen für die Arbeitsniederlegung nachzugehen und dafür zu sorgen, daß durch die Erfüllung der berechtigten Forderungen

Lenin gibt die Weltrevolution auf.

„Das Proletariat ist zu weit vorwärtsgegangen.“

Auf dem soeben in Moskau tagenden neunten allrussischen Sowjetkongress hielt Lenin eine Eröffnungsrede, in der er unter anderem sagte: „Wir haben immer bedeutend einfachere Entwicklungsformen vorausgesetzt. Wir haben immer bestimmt gesagt, daß es aus den verberberischen Kriegen, aus dem vielen Blutvergießen keinen anderen Ausweg gibt, als die Weltrevolution des Proletariats; in Wirklichkeit hat sich eine ganz andere Lage der Dinge ergeben. Die Sowjetrepublik befindet sich und befindet sich tatsächlich umgeben von einer ganzen Masse imperialistischer Länder. Das Kriegsende war bei uns nicht das Ergebnis

der Weltrevolution. Wir rechneten auf die direkte Unterstützung des Weltproletariats. Die Weltrevolution haben wir nicht bekommen, doch dafür erhielten wir eine andere, indirekte Unterstützung: die Sympathie der arbeitenden Massen, nicht nur die der Arbeiter, sondern auch der Bauern.“ In seinen weiteren Ausführungen rät Lenin an dem Bündnis zwischen Bauern festzuhalten. „Es wäre das Verderben für die Revolution, wenn wir das Proletariat, das zu weit vorwärts gegangen ist, von den Bauern losreißen wollten.“ Zum Schluß betonte Lenin die Notwendigkeit der Einschränkung der Tätigkeit der allrussischen und außerordentlichen Kommission (Tscheka).

Glend der Volksmassen in Ungarn.

Ein Brief des päpstlichen Nuntius. — „Schuld ist der Friedensvertrag.“

Budapest, 29. Dezember. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung richtete Abgeordneter Karl Huzgal eine dringliche Interpellation an den Volkswohlfahrtsminister, worin er auf das große Glend in einem Teile der Bevölkerung hinwies und schließlich die Frage stellte, ob das Gerücht wahr sei, daß der päpstliche Nuntius an die ungarische Regierung einen Brief gerichtet habe, worin er im Namen der ausländischen Missionen der ungarischen Gesellschaft den Vorwurf der Entschuldigungslosigkeit macht. Wohlfahrtsminister Bernolac erwiderte, daß die Angaben des Interpellanten vollkommen auf Wahrheit beruhen. Das

herrschende Glend sei entschuldigt und der Staat stehe ihm fast machtlos gegenüber. Der päpstliche Nuntius habe tatsächlich an die Regierung einen Brief gerichtet, worin er auf den Widerspruch zwischen der Armut der unteren Klassen und dem Luxus der bestehenden Stände hinweist. Der Minister erklärte, daß an der Verarmung hauptsächlich der Friedensvertrag schuld sei. Es sei bezeichnend, daß der Reichsverweser ein Einkommen von 3 Millionen Kronen habe, während ein englischer Leutnant dem Staat jährlich 8 Millionen Kronen kostet. Nächste Sitzung morgen.

gen der Eisenbahner und der unteren Beamten die Ursachen der Erregung beseitigt werden, haben sie bisher Verhandlungen abgelehnt. Anscheinend fühlt sich die Regierung durch die ultimative Form, in die die Eisenbahner ihre Forderung gekleidet haben, getränkt.

Kritischer Stand der Verhandlungen.

Berlin, 29. Dezember. (Tsch. P. B.) Das Reichskabinet hat die ultimativen Forderungen der Eisenbahner abgelehnt, da sie einen Mehraufwand von mehreren Milliarden zur Folge haben würden. Um die Weiterführung der Verhandlungen zu ermöglichen, haben die Werkstättenfunktionäre des rheinisch-westfälischen Industriegebietes ihre ursprünglich bis gestern mittags befristeten Bedingungen bis zum Freitag verlängert. Heute sollen die Verhandlungen im Reichsverkehrsministerium fortgeführt werden.

Streik in Eberfeld und Köln.

Düsseldorf, 29. Dezember. Sämtliche Knotenpunkte des Eisenbahndirektionsbezirkes Eberfeld sind völlig stillgelegt, so daß jeder Verkehr unmöglich ist.

Köln, 29. Dezember. Heute nachmittags 2 Uhr sind die Eisenbahner in den Ausstand getreten. Im Güterverkehr sind bereits erhebliche Behinderungen eingetreten.

Bandenwesen im Burgenland.

Wien, 29. Dezember. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“). In der Nacht vom 28. auf den 29. dieses Monats haben bewaffnete ungarische Banden einen Nachtwächter vor einem Weierhof auf dem Wege von Frauenkirchen nach Altmühl unter Gewaltanwendung zur Aufgabe über die österreichische Truppengruppierung gezwungen. Dazu ist zu bemerken, daß diese Orte im österreichischen Gebiete liegen. Die Banditen unternehmen also streche Vorstöße auf österreichisches Gebiet. Bei Reinersdorf im österreichischen Burgenlande wurde ein von einer Patrouille Angehöriger der ungarischen Zollwache eingebracht. Nachdem er über den Grenzverlauf belehrt worden war, wurde er wieder unbehelligt freigelassen. Dagegen wurden bekanntlich österreichische Wehrmänner, die sich auf neutrales Gebiet verirrt, von den Ungarn schwer mißhandelt.

Die Uebergabe des Ledeburger Abstimmungsgebietes.

Wie uns aus Wien gedruckt wird, soll die Uebergabe des Ledeburger Abstimmungsgebietes an Ungarn am 2. Jänner feierlich durchgeführt werden. Der Tag der Abreise der Entente-Kommission und der Ententetruppen ist noch nicht bekannt.

Reaktionäre und magyarische Presschikanen im Burgenland.

Wien, 29. Dezember. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat“). Die reaktionären österreichischen Offiziere im Burgenland sorgen dafür, daß die Arbeiterzeitung durch die Wehrmänner nicht bei der Bevölkerung verbreitet werde. Ihnen zur Seite stehen die magyarischen Postbeamten, die noch immer den Postdienst im Burgenlande versehen. Ihr Kampf richtet sich aber nicht allein gegen die Arbeiterzeitung, sondern gegen alle österreichischen Blätter. So kommt

festen nur eine österreichische Zeitung unter die burgenländische Bevölkerung. Dagegen kommen magyarische Zeitungen, die gegen Oesterreich hetzen, massenhaft über die Grenze.

Die Selbständigkeit Wiens beschlossen.

Wien, 29. Dezember. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“). Der Wiener Landtag und der Niederösterreichische Landtag beschlossen heute die in der Bundesverfassung festgelegte vollständige Trennung Wiens von Niederösterreich. Durch diesen Beschluß wird Wien selbständiges Bundesland. Die Trennung tritt am 1. Jänner in Kraft.

Die Verpfändeten Gobelins.

Hoffnung auf Freigebung der verpfändeten Kunstgegenstände.

Wien, 29. Dezember. Bezüglich des Gobelinkredites äußerte sich Generalrat Dr. Rosenberger, er hoffe, daß durch den vorläufigen Kredit von drei Millionen Pfund wenigstens die Stabilisierung des Kronenturmes erreicht und einer weiteren Verschlimmerung der wirtschaftlichen Situation Oesterreichs Einhalt getan werden würde. Uebrigens ist es im Falle einer Erholung der finanziellen Situation Oesterreichs möglich, daß die verpfändeten Kunstgegenstände wieder freigegeben werden können. Schwierig ist hierbei die Frage der Verpfändung in der Richtung, weil die amerikanischen Gläubiger bestimmte Forderungen bezüglich der Platzierung der Pfänder stellen werden. Wenn die Gobelins nicht verpfändet werden könnten, würde man an die Verpfändung des Tabakmonopols oder der Zölle denken. Zur Entscheidung über diese Angelegenheit wird es erst bei den Beratungen nach Neujahr in London kommen.

Eine italienische Flotte vor Gebenico.

Belgrad, 28. Dezember. (Tsch. P. B.) Die italienische Eskadre, die infolge der Ereignisse in Sebenico vor der Stadt kreuzte, ist in den Hafen eingelaufen und hat sich dort verankert. Im ganzen sind im Hafen 4 Kreuzer und zwei Torpedoboote verankert. Um neue Zusammenstöße zu verhindern und um eventuellen Gewalttätigkeiten seitens der italienischen Kriegsschiffe entgegenzutreten, hat das jugoslawische Militär alle wichtigen Punkte in der Stadt und an der Küste besetzt. Der italienische Konsul hat sich auf ein italienisches Kriegsschiff begeben.

Die künftige Armierung der Marine.

Washington, 29. Dezember. (Havas.) Es wurde ein endgültiges Abkommen erzielt, demzufolge das Geschützkaliber von Hilfskriegsschiffen auf 8 und das von Schlachtschiffen auf 16 Zoll beschränkt wird.

Gerichtssaal.

Die Plünderungen in Mähr.-Schönberg. Dieser Tage begann vor dem Osmücher Kreisgerichte der Prozeß gegen die Teilnehmer der am 7. August 1920 in Mähr.-Schönberg erfolgten Plünderungsausdehnungen. Insgesamt sind 150 Personen angeklagt.

davon 80 allein wegen der Plünderung des Kaufhauses Stern. Die Verhandlungen dürften sich durch viele Wochen lang hinziehen. In der Anklage wird u. a. ausgeführt: Samstag, den 7. August 1920, kam es in Mähr.-Schönberg zu Demonstrationen, zu denen die ungenügende Mehlversorgung Anlaß gab. Die Menge marschierte in einer Anzahl von einigen tausend Personen zunächst zum Bezirkswirtschaftsamt und verlangte Mehl. Als der Menge dort mitgeteilt wurde, daß es momentan kein Mehl gebe, stürmten die Massen vor das Gebäude der Bezirkshauptmannschaft und verlangten vom Bezirkshauptmann größere Mehlzuweisung. Mehrere Leute drangen in das Gebäude ein und griffen den Bezirkshauptmann, als er ihnen auf dem Gange entgegenkam, tätlich an und mißhandelten ihn, so daß er verschiedene Verletzungen erlitt. Im Hause der Bezirkshauptmannschaft kam es dann zu Ausschreitungen, später soll ein Großgrundbesitzer auf der Strafe mißhandelt worden sein. Die Plünderer richteten in der Fabrik Lubiak und im Geschäft des Adolf Stern schweren Schaden an. Laut Schätzung beträgt der Schaden der Stern durch die Plünderungen verursacht wurde, 600.000 Kronen. Ein Teil der Ware im Werte von 170.000 Kronen konnte bei den Hausdurchsuchungen zustande gebracht und dem Beschädigten zurückerstattet werden.

Samstag begannen vor einem Straffenate die Verhandlungen gegen Marie Matura und Filomena Mateja aus Blanda, ferner gegen Marie Pelzel, Franz Matejcek, Bozena Pihak und Marie Delabil, die sich alle an der Plünderung des Kaufhauses Stern beteiligt hatten. Die Pelzel, die zu fünf Monaten Kerker unbedingt verurteilt wurde, leugnete ihre Schuld und erklärte, daß die Demonstranten ihr die Ware, ohne daß sie es wußte, unter das Bett, wo sie von der Gendarmerie vorgefunden wurde, geschoben hätten. Für die übrigen Angeklagten lautete das Urteil: Marie Matura 5 Monate schweren Kerkers bedingt, Filomena Mateja 4 Monate schweren Kerkers bedingt, Matejcek 4 Monate schweren Kerkers bedingt, Bozena Pihak vier Monate schweren Kerkers bedingt und Marie Delabil fünf Monate schweren Kerkers bedingt.

Aufhebung eines Dezemberurteils.

Die Teilnehmer an den kommunistischen Unruhen im Dezember 1920 in Jglau, Josef Pabelec und Raimund Kschmann wurden am 16. März 1921 vom Kreisgericht in Jglau zu je drei Monaten schweren Kerkers verurteilt. Sowohl Staatsanwalt als auch Verurteilte hatten feinerzeit Nichtigkeitsbeschwerden eingebracht und Berufung eingelegt. Mittwoch wurde von dem Obersten Gerichtshof über die Nichtigkeitsbeschwerden verhandelt. Der Vertreter der Generalprokuratur stellte den Antrag, die Nichtigkeitsbeschwerden der Verurteilten und des Staatsanwalts zu verwerfen. Der Oberste Gerichtshof gab den eingebrachten Nichtigkeitsbeschwerden statt, das Urteil wurde aufgehoben. Das Gericht erster Instanz wird damit beauftragt, die Untersuchung neu durchzuführen und das Verfahren nochmals aufzunehmen.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Ein unerhörter Gewaltakt der Papierbarone.

Die Arbeiterschaft der Firma Robert Fuchs, Papierfabrik in Böhm.-Rammich, hielt am Dienstag, den 27. Dezember d. J., nachmittags 2 Uhr, beim Schichtwechsel eine Betriebsversammlung ab, um zu der nach zehn Wochen Verschleppung durch die Unternehmerorganisation der Papierindustrie erfolgten Ablehnung ihrer aus dringender Not gestellten Lohnforderung Stellung nehmen zu können. Die Arbeiterschaft hatte es satt, sich von der Unternehmerorganisation („Agos“) wochenlang hinauszuziehen zu lassen und dann schließlich die höhnische Antwort der Unternehmer zu erhalten, für eine Lohnerhöhung sei kein Anlaß vorhanden, da alle Preise wesentlich gefallen seien. Der Firma aber war es ein Dorn im Auge, daß sich die Arbeiterschaft die Gelegenheit schaffen wollte, zu der verhöhnenden Antwort der Unternehmer Stellung nehmen zu können und erklärte den Vertrauensleuten, daß die Arbeiterschaft, falls sie zur Versammlung gehe, entlassen sei. — Als dann die Versammlung trotz der brutalen Drohung der Firma stattfand, wurden die Arbeiter tatsächlich ausgesperrt, weil sie den Betrieb auf eine Stunde verlassen wollten, um die Berichte der Vertrauensmänner entgegenzunehmen und Beschlüsse fassen zu können. 560 Arbeiter wurden von der Firma auf Pflaster geworfen. Mit brutaler Gewalt suchten die Scharfmacher es sogar unmöglich zu machen, Vollversammlungen der Arbeiter zustande zu bringen. Dieser Gewaltakt, welcher vom Präsidenten der Unternehmerorganisation der Papierindustrie, Herr Fuchs, gegen notleidende Arbeiter unternommen wurde, ist einzig dastehend und verdient vor der ganzen Des-

